

Leistung, die sich (nicht) lohnt



TEXT NICOLE MAYER-AHUJA

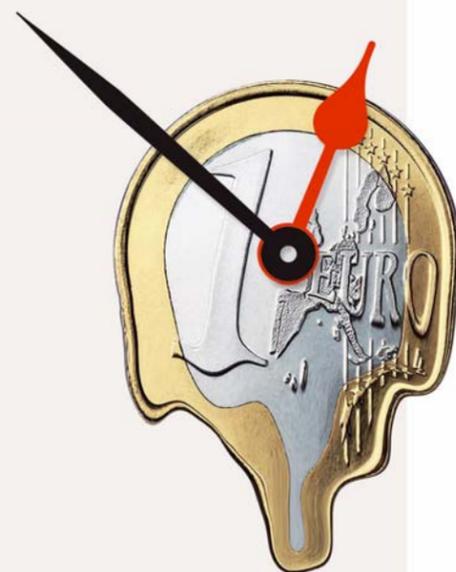
Die Bundesregierung plant eine Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro. Das ist überfällig. Aber die Koalition muss nachlegen. Es braucht weniger befristete Verträge, weniger Leiharbeit – und eine Stärkung der Tarifbindung. Sonst bleibt alle meritokratische Rhetorik, was sie seit Langem ist: zynisch.

Leistung muss sich wieder lohnen! Mit diesem Versprechen bewarb sich Helmut Kohl 1982 als Regierungschef. Es ging ihm darum, Deutschland eine „geistig-moralische Wende“ zu verordnen. Die ökonomische Prosperität der Nachkriegszeit war bereits seit zehn Jahren zu Ende, Arbeitslosigkeit in großem Stil zurückgekehrt und das System sozialer Sicherung unter Druck geraten. Der angekündigte Aufbruch sollte die wirtschaftlichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger zu neuer Dynamik anspornen. Es galt, die Tore des „kollektiven Freizeitparks Deutschland“ zu schließen, so der Kanzler in seiner Regierungserklärung 1993, weil die Arbeitszeiten zu kurz und die Urlaubsansprüche zu hoch seien. Unternehmen sollten von regulatorischen Fesseln „befreit“, der Arbeitsmarkt „flexibilisiert“ und der Sozialstaat „verschlinkt“ werden.

Kohl befand sich damit in bester Gesellschaft – Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien marschierten noch konsequenter in ganz ähnliche Richtungen. Und sein Programm strahlte über Lagergrenzen hinweg. Als die rot-grüne Bundesregierung ab 1998 ihre Politik des „Förderns und Forderns“ einleitete, änderte sie nicht etwa die Linie des christdemokratischen Altkanzlers – sondern setzte sie mit neuem Schwung fort.

Ein Ergebnis dieser Politik war allerdings, dass Leistung sich für immer mehr Menschen immer weniger lohnte. In den Sechziger- und Siebzigerjahren hatte ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung die Erfahrung gemacht, dass (auch körperlich) harte Arbeit mit steigenden Löhnen entgolten wurde, mit mehr Konsum, aber auch mit mehr Bildung und Aufstiegschancen, für sich selbst und vor allem für die Kinder. Seit den Achtzigerjahren aber blieben die Reallöhne meist deutlich hinter den wirtschaftlichen Wachstumsraten zurück. Die Schere zwischen Lohn- und Gewinneinkommen ging auseinander, ohne dass es zu der versprochenen „Revitalisierung der Marktkräfte“ kam, die etwa Arbeitslosigkeit reduzieren sollte.

Nach Jahrzehnten, in denen abhängige Beschäftigung so stabil mit arbeitsrechtlichem und sozialstaatlichem Schutz verkoppelt worden war, dass man unbefristete, abgesicherte und lebenslange Vollzeitarbeit für ein „Normalarbeitsverhältnis“ hielt, gab die Regierung 1985 mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz den Startschuss für eine Politik der Prekarisierung. Man erweiterte die rechtlichen Spielräume für befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeitsverträge und förderte Teilzeitarbeit, mit Sozialversicherungsschutz, aber zunehmend auch ohne. Damit entstand ein wachsender Arbeitsmarkt für Frauen, die nicht mehr „zu Hause bleiben“ konnten, weil „männliche



Jobs“ unsicherer wurden und seltener mit „Familienlöhnen“ entgolten wurden.

Wer seither darauf angewiesen ist, die Existenz durch Leiharbeit zu sichern oder sich mit Jobs im Niedriglohnbereich über Wasser zu halten, entkommt selbst bei Überschreitung physischer Leistungsgrenzen nicht unbedingt der Armut. Egal, mit wie viel Engagement man und frau an die Arbeit geht: Es ist extrem schwer, die Zone der Prekarität hinter sich zu lassen. Die Zeiten, in denen man sich auch von formal gering qualifizierten Jobs aus „hocharbeiten“ konnte, sind weitgehend vorbei. Das gilt nicht zuletzt im öffentlichen Dienst. In längst vergangenen Zeiten war er Pionier für „gute Arbeit“ gewesen. Heute ist der Anteil von befristeten Verträgen und Minijobs im Staatsdienst größer als in der Privatwirtschaft.

Die ideologische Umdeutung des Leistungsbegriffs

Leistung muss sich wieder lohnen? Erfüllt wurde das Versprechen für Betriebe und Bezieher höherer Einkommen. Die Unternehmenssteuern wurden gesenkt. Eine Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Die Beiträge zur Sozialversicherung wurden gedeckelt. Das erhöhte die Gewinne von Unternehmen. Für viele Beschäftigte dagegen ging eine Politik des „Mehr Netto vom Brutto“ damit einher, dass der Staat auf Einnahmen verzichtete.

Zudem wurde kollektives Eigentum abgebaut, auf das Arbeitende Rechtsanspruch haben und das hilft, Risiken der Lohnarbeiterexistenz abzufedern – etwa in Gestalt von Sozialversicherung und öffentlichen Diensten. Ansprüche auf Unterstützung, für die man Beiträge gezahlt hatte, wurden (etwa im Zuge der Hartz-Reformen) gekürzt. Und weite Teile einer vormals „öffentlichen Daseinsvorsorge“ (Wohnungsbau, Gesundheit, Mobilität) werden heute privat finanziert. Kurz: Man sprach von „Leistungsgerechtigkeit“ – und initiierte Enteignung. Denn egal, wie hoch die Leistung der Beschäftigten auch war – die Gegenleistung, sei es vonseiten der Unternehmen oder des Staates, wurde massiv reduziert.

Zum Ausdruck kommt darin eine ideologische Umdeutung des Leistungsbegriffs, die hochproblematisch ist und bis heute prägend ist. Wenn Kohls geistige Nachfahren über „Leistung“ sprechen, gehen sie davon aus, dass diejenigen, die an den Schlüsselstellen von Wirtschaft und Gesellschaft sitzen, rein durch eigenes Zutun dorthin gelangt sind. Ob dies zutrifft oder nicht und ob die Tätigkeit, die mit hohem Einkommen und Renommee entgolten wird, gesellschaftlich nützlich ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Umgekehrt wird angenommen, dass diejenigen, die wenig Lohn erhalten, die mit unsicheren Verträgen

„In längst vergangenen Zeiten war der öffentliche Dienst Pionier für ‚gute Arbeit‘. Heute ist der Anteil von befristeten Verträgen und Minijobs im Staatsdienst größer als in der Privatwirtschaft“

FOTO: KLAUS PETER WITTEMANN; ILLUSTRATION: DMITRI BRODOO

ausgestattet sind und schlechte Arbeitsbedingungen vorfinden, nicht genug Leistung bringen, um ihre Lage zu verbessern.

Ein Blick auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten in der Gebäudereinigung, der Paketzustellung, im Einzelhandel, in der Pflege von Kranken und Alten, in der Fleischindustrie oder der landschaftlichen Saisonarbeit zerstört dieses Vorurteil: Man trifft dort auf Menschen, die ihre Arbeit gut machen wollen – und die schon lange vor der Coronapandemie wussten, dass sie wichtige, um nicht zu sagen: systemrelevante Tätigkeiten erbringen. Sie arbeiten mit vollem Einsatz für Kundinnen, Patienten, Konsumentinnen, die sie nicht im Stich lassen wollen. Dass sie damit auch nicht aufhörten, als die Angst vor einer Infektion um sich griff, sicherte ihnen kurz öffentlichen Beifall. Fragt man jedoch, was sich für sie seither substantiell verbessert hat, so ist die Bilanz ernüchternd: Ihre Leistung lohnt sich weiterhin nicht.

Nun plant die Bundesregierung eine Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro. Das ist lange überfällig, entlastet viele Millionen Beschäftigte. Doch der Niedriglohnsektor, der unterhalb von derzeit 2300 Euro brutto in Vollzeit beginnt, wird damit noch lange nicht ausgetrocknet. Zwei Drittel der Beschäftigten in der Gastronomie verdienen weniger; im Handel und in der Logistikbranche sieht es kaum besser aus. Ohnehin reicht „mehr Geld“ allein nicht aus, um Arbeitsleistung angemessen zu honorieren. Was dafür notwendig wäre, steht nicht im Koalitionsvertrag – eine neue Stärkung der Kopplung von abhängiger Beschäftigung und sozialer Sicherung. Im Einzelnen: weniger befristete Verträge und weniger Leiharbeit; die Einbeziehung aller Erwerbstätigen (einschließlich der Minijobberinnen und Alleinselbstständigen) in die Sozialversicherung; der Wiederaufbau der Tarifbindung.

Die Forderung, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, wurde den „Heldinnen und Helden des Alltags“ im Einzelhandel und in der Altenpflege allerdings von den Unternehmerverbänden verwehrt. Und im Gesundheitswesen ist spätestens seit der Pandemie klar, dass namentlich neben höheren Löhnen auch eine bessere Personalausstattung benötigt wird. Gewinnorientierte Privatunternehmen können oder wollen das nicht „leisten“. Daher brauchen wir ein leistungsfähiges öffentliches Gesundheitswesen.

Das Pochen auf Leistung hat ein doppeltes Gesicht: Es kann problematisch sein, wenn damit Konkurrenz geschürt und Ungleichheit legitimiert wird. Doch es kann auch positiv wirken. In der Pandemie hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass „das System“ (gemeint war meist: die Wirtschaft) auf die Reproduktion von Arbeitskraft und gesellschaftlichen Strukturen angewiesen ist. Der Fokus der Öffentlichkeit lag kurzzeitig auf der Arbeit von Beschäftigten im Einzelhandel, in der Pflege, der Reinigung und Logistik. Das eröffnet die Chance, neu über Leistung nachzudenken. Darüber, dass nicht Status und Besitz, sondern Anstrengung, Engagement und gesellschaftliche Nützlichkeit anerkannt und belohnt werden müssen. Und darüber, dass Anerkennung nicht symbolisch bleiben darf, sondern mehr Einkommen und soziale Absicherung beinhalten muss. Damit Leistung sich tatsächlich wieder lohnt. ■

NICOLE MAYER-AHUJA, 48,

ist Professorin für Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Zuletzt erschienen, herausgegeben von ihr und Oliver Nachtwey: „Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft“, edition suhrkamp, 22 Euro.